

Taunus-Zeitung.

Kreis-Zeitung für den Kreis Königstein im Taunus.

Kelheimer- und
Hornauer Anzeiger

Nassauische Schweiz

Eppenhain, Glashütten, Ruppertshain, Schloßborn

Anzeiger für Ehlhalten,

Falkensteiner Anzeiger

Fischbacher Anzeiger

Erscheint am Montag, Mittwoch, Freitag und Samstag. Bezugspreis vierteljährlich 2.40 M., monatlich 80 Pfennig. Anzeigen: Die 41 mm breite Zeile 20 Pfennig für amtliche und auswärtige Anzeigen, 15 Pfennig für hiesige Anzeigen; die 86 mm breite Reklame-Zeile im Text 60 Pfennig; tabellarischer Satz wird doppelt berechnet. Adressenwechsel und Anzeigengebühr 20 Pfennig. Ganze, halbe, dritte und vierte Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. Bei Wiederholungen unteränderter Anzeigen in

Freitag

7
Februar

kurzen Zwischenräumen entsprechender Nachschub. Jede Nachschubbewilligung wird hinfällig bei gerichtlicher Beitreibung der Anzeigengebühren. — Einfache Beilagen: Tausend 9.50 Mark. Anzeigen-Aufnahme: Größere Anzeigen müssen am Tage vorher, kleinere bis aller- spätestens 9 1/2 Uhr vormittags an den Erscheinungsort in der Geschäftsstelle eingetroffen sein. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder an bestimmter Stelle wird tunlichst berücksichtigt, eine Gewähr hierfür aber nicht übernommen.

Nr. 21 · 1919

Verantwortliche Schriftleitung, Druck und Verlag:
Ph. Kleinböhl, Königstein im Taunus.
Postfachkonto: Frankfurt (Main) 9927.

Geschäftsstelle:
Königstein im Taunus, Hauptstraße 41.
Fernsprecher 44.

43. Jahrgang

Neue Postbestimmungen.

Vom 5. Februar ab treten die folgenden Bestimmungen in Kraft:

1. Der Postkarten-Verkehr zwischen dem besetzten Gebiet und dem unbefetzten Deutschland ist nunmehr gestattet.
2. Die Postkarten dürfen nur Familiennachrichten enthalten.
3. Dieselben müssen sehr leserlich geschrieben sein, wenn möglich in lateinischer Schrift. Der Name und die Adresse des Absenders müssen klar und deutlich angegeben werden.
4. Als Sprachen sind nur zugelassen: Französisch und Deutsch. Die früheren Postbestimmungen bleiben in Kraft, insofern als dieselben mit der obigen Bestimmung nicht in Widerspruch stehen.

Königstein im Taunus, den 7. Februar 1919.

L'Administrateur militaire
du Cercle de Königstein.

Wird veröffentlicht.

Königstein im Taunus, den 7. Februar 1919.

Der Landrat, Jacobs.

Zum 6. Februar.

Gestern ist in Weimar die verfassunggebende Nationalversammlung zusammengetreten. Damit wird eine Regierungsperiode ihr Ende finden, die man in außen- wie in innerpolitischer Hinsicht als eine wenig erfreuliche kennen gelernt hat. Zum weitaus größten Teile findet dieses Ergebnis der nun hinter uns liegenden Regierungszeit aber seine Erklärung in den unglücklichen Verhältnissen, die für die provisorische Regierung von außen wie von innen her bestanden. Zwar hatten die regierenden Männer, und vornehmlich Ebert und Scheidemann, allen guten Willen, das Beste für das Volk zu tun, wenn ihnen das aber nur zum kleinsten Teile geglückt ist, so muß man das billigerweise mit dem einem Provisorium, und noch dazu einem so sehr schwer angeordneten, anhaltenden Mangeln entschuldigen. Dieser unglücklichen Provisorium bereitet nun der Zusammentritt der Nationalversammlung ein Ende.

Groß und gewaltig sind die Aufgaben, vor die sich die Nationalversammlung gestellt sieht, und groß und erhaben sollen die Taten sein, die das deutsche Volk von ihr erwartet. Nicht kleinlicher Parteigeist soll in Weimar herrschen, wie ehemals am Königsplatz in Berlin, für des Parteigeistes ist in der schweren Zeit, in der wir leben, kein Platz mehr. Taten, geschichtliche Taten wollen wir sehen, die uns so schnell wie möglich herausführen aus dem erstickenden Sumpf, in den wir durch eine verblendete Wahnsinnspolitik geraten sind. Solche Taten sind aber nur möglich durch die Zurückstellung aller Parteiwünsche hinter das Wohl des Volksganzen, nur auf dieser Basis ist Gewähr geboten für eine fruchtbare, einen gesunden Staat aufbauende Arbeit.

Deutsch-Österreichischer Anschluß an das Reich.

Wie die „Post. Ztg.“ aus Wien erfährt, hat der Staatsrat von Deutsch-Österreich in seiner Kabinettsitzung am Donnerstag den der österreichischen Nationalversammlung vorgelegenden Gesetzentwurf, der Deutsch-Österreich als Glied des Deutschen Reiches erklärt, einstimmig angenommen.

Die Friedenskonferenz.

Unsere Vertreter.

Die deutsche Regierung hat die Zusammensetzung der deutschen Abordnung zur Friedenskonferenz bestimmt. Sie besteht aus Scheidemann, Brodhoff-Rankau, Erzberger, Schmidt die beiden ersten haben. Erzberger wird sich vorwiegend mit den Fragen des Völkerbundes, Brodhoff mit den äußeren Angelegenheiten und Rankau mit den wirtschaftspolitischen Fragen befassen. Die Abordnung wird von etwa hundert technischen Beratern begleitet sein, darunter Waldburg für maritime Fragen, Solf für Kolonialangelegenheiten.

Am Jahrestag des Frankfurter Friedens.

Aus Paris wird gemeldet: Pichon teilte Honorer Blättern zufolge im französischen Kammerausschuß mit, daß die all-

gemeine Friedenskonferenz aller Kriegführenden am 10. Mai, dem Jahrestag des Frankfurter Friedens, in Versailles beginnen soll.

Belgiens Schadenersatzrechnung.

Die Kriegsschäden Belgiens werden, wie der Pariser Berichterstatter der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet, insgesamt 15 Milliarden Franken betragen. Der Betrag für die persönlichen Verluste ist ungefähr ebenso hoch. Unter den Kriegsschäden werden aufgezählt: die für Eisenbahn, Post und Telegraphie mit 3 1/2 Milliarden, die tatsächlichen Kriegsausgaben mit 3 Milliarden, die an die Deutschen gezahlten Kriegssteuern mit 2 1/2 Milliarden, für Unterstützung der Bevölkerung 2 Milliarden Franken. Die Anzahl der in Belgien zerstörten Häuser beträgt 45 000.

v. Winterfeldts Nachfolger.

Berlin, 3. Febr. Als Nachfolger des Generalmajors von Winterfeldt als Vorsitzender der Waffenstillstandskommission ist General Frhr. von Hammerstein, zurzeit Abschnittskommandeur in Weisel, berufen.

Um den Stillen Ozean.

Haag, 2. Febr. Die „Westminster Gazette“ meldet aus Paris: In Amerika legt man den größten Wert darauf, daß keine der Südsee-Inseln besetzt werde. Wenn Japan trotzdem auf den Inseln Flottenstützpunkte anlegen sollte, so würde das einen Sturm der Entrüstung in den Vereinigten Staaten entfesseln. Man glaubt, die Kontrolle des Völkerbundes werde eine Bürgschaft dafür sein, daß die Inseln unbefestigt bleiben.

Der Kampf um die Reichsverfassung.

Die mehrheitssozialistischen „Politisch-Parlamentarischen Nachrichten“ verweisen auf die herrschenden starken Meinungsverschiedenheiten über die deutsche Verfassung. Eine Richtung sei für die Bildung einer starken Zentralgewalt, die andere vertrete die Auffassung, daß die Regierungen in den Einzelstaaten die Hauptträger der Staatseinheit sein müßten. „Die Führung in diesen partikularen Bestrebungen gegen eine starke Zentralgewalt“, so heißt es dann weiter, „liegt in München in den Händen Eisners, der sich in dieser Beziehung von keinem Partikularisten ältesten Schlages unterscheidet. Es handelt sich dabei in erster Linie um eine Einschränkung der gesetzgeberischen Zuständigkeit vorerst der Nationalversammlung und später auch des dauernden Reichstages durch das Mitbestimmungs- und Vetorecht der Einzelstaaten, wie es früher auch vom Bundesrat ausgeübt worden war. Leider findet diese Strömung auch in den übrigen süddeutschen Staaten und bei den rückschrittlichen Parteien Norddeutschlands, ja sogar in einem Berliner Kreise, beträchtliche Unterstützung. Demgegenüber wird es dringende Aufgabe sein, dem preussischen und bayerischen Partikularismus den starken Willen der Volksmehrheit auf Schaffung einer starken Reichszentralgewalt entgegenzusetzen. Alle, die einsehen, daß nur die Kräftigung der inneren Reichseinheit das deutsche Volk instandsetzen kann, die sich klarmachen Schwierigkeiten dieser Lage zu überwinden, werden sich kräftig regen müssen, um das Reich gegen die partikulare Bewegung sicherzustellen.“

Spartakus.

Eine kommunistische Gewaltprobe.

In der Berliner „Philharmonie“ tagte am letzten Freitag eine vom Groß-Berliner Volksrat einberufene Versammlung sämtlicher A.S.R. Groß-Berlins. Schon vor einigen Tagen war zu bemerken, daß es zu einer Art von Kraftprobe zwischen den Unabhängigen und Kommunisten einerseits und der Reichsregierung andererseits kommen soll. Die radikale Linke will nun unter allen Umständen die Durchführung des Rätegesetzes als einzige Legislative und Exekutive erzwingen. Der revolutionäre Obmann Daumig empfahl eine Entschließung, die den Zweck verfolgte, die Nationalversammlung durch ein Gegenparlament auszuschalten; es wird darin gefordert, so schnell als möglich, mindestens aber im Laufe des Monats Februar, einen Kongreß der A.S.R. ganz Deutschlands einzuberufen, um zu der Nationalversammlung und zu dem Entwurf der neuen Verfassung Stellung zu nehmen sowie über das weitere Wirken und die staatsrechtliche Stellung der A.S.R. zu entscheiden. Dieser Antrag wurde mit 436 gegen 30 Stimmen angenommen. Das Organ der Unabhängigen, die „Freiheit“, zeigt denn auch schon, wessen man sich zu vergegenwärtigen hat.

Mit allen Mitteln wird die Reichsregierung beim Zentralrat verkleumd. Die Reichsregierung betont in einer offiziellen Antwort, daß das Abstimmungsergebnis ein reiner Zufall sei, und daß es abzuwarten sein wird, wie sich die A.S.R. des übrigen Deutschland zu dem Berliner Beschlusse stellen werden. Der „Vorwärts“ erklärt zu der Forderung des A.S.R.-Kongresses: „Mit 400 gegen 50 Stimmen hätte der erste und einzige Reichstagskongreß der A.S.R. gefordert, die Wahl zur Nationalversammlung so rasch wie möglich stattfinden zu lassen. Diese 400 waren keine Rinder und keine Dummköpfe und konnten die Tragweite ihres Beschlusses wohl überschauen. Jetzt ist die Nationalversammlung gewählt, die selbstverständlich als die allein richtige Vertreterin des deutschen Volkes Deutschland allein zu vertreten hat. Das Streben der A.S.R. nach staatsrechtlicher Machtstellung führt rettungslos in den blutigen Sumpf. In der nächsten Zeit wird es von Kongressen nur so wimmeln. Die Ereignisse drängen der letzten Katastrophe der jungen Freiheit gegenüber dem Terror der Straße zu.“

Ausweisung eines Brigadeführers.

Lübeck, 3. Febr. In einer Soldatenversammlung der hiesigen Garnison wurde Stellung zu dem Erlass des Kriegsministers über die Umbildung des Heeres genommen. In einer Resolution wurde ein Protest gegen die Wiederernennung von Offizieren, Hauptpflicht, Aushaltung der Politik aus dem Heere usw. zum Ausdruck gebracht. Der Kommandeur der 51. Infanterie-Brigade, Oberst von Werther, war nach Lübeck gekommen, um wegen der Durchführung des Erlasses des Kriegsministers mit dem Soldatenrat zu beraten. Der Soldatenrat hatte ihm bereits kurz mitgeteilt, daß der kriegsministerielle Erlass vom 9. Armeekorps nicht anerkannt werde. Nun beschloß die Versammlung einstimmig, Oberst von Werther aufzufordern, Lübeck binnen vierundzwanzig Stunden zu verlassen, da sein Aufenthalt in der Stadt auf die Truppen reaktionär wirke. Die gesamte Garnison zog später geschlossen vor das Hotel des Obersten und überreichte ihm dort den Befehl, der ihn aus Lübeck auswies. Oberst von Werther leistete dem Befehl Folge.

Die Kommunisten in Düsseldorf.

Düsseldorf, 3. Febr. Den Stadtverordneten wurde von dem jetzigen kommunistischen Stadtreger die Abhaltung einer Stadtverordnetenversammlung zur Feststellung des Etats für 1919/20 abgelehnt. Die Stadtverordneten weisen in einer öffentlichen Erklärung darauf hin, daß die Mißwirtschaft der jetzigen Städtebeherrscher die Stadt in den finanziellen Zusammenbruch treibe. Für Deckung der Kriegsausgaben seien jetzt schon 30 Millionen Mark erforderlich. Der A.S.R. habe bisher über 2 Millionen Mark ausgegeben, worüber jegliche Abrechnung fehle. Wie in Zukunft die weiteren Mittel beschafft werden sollen, sei vollständig ungewiß. Die Reichsbank habe die Ausgabe weiterer Mittel abgelehnt. Bei den heimischen Banken hat die Stadtverwaltung Kredit in Höhe von 30–40 Millionen Mark in Anspruch genommen. Die Kredite seien in Kürze fällig, ohne daß man irgendwelche Deckung dafür habe. Mit der Gewährung weiterer Kredite könne keineswegs gerechnet werden. Ebenso erscheine es ausgeschlossen, daß die Verwaltung auswärts Kredite beschaffen könne. Dem Vernehmen nach beabsichtigen die jetzigen Machthaber die Beschlagnahme der größeren Vermögen und die Erhöhung der Steuern um das Vierfache des jetzigen Betrages. Die Stadtverordneten nehmen gegen eine solche Maßnahme, die jeder geschäftlichen Grundlage entbehre, entschiedene Stellung. Sie haben, da ihre Forderung auf Einberufung einer Stadtverordnetenversammlung und Aufstellung eines Haushaltsplans von der kommunistischen Stadtverwaltung unbeantwortet geblieben sind, die Tätigkeit in den Ausschüssen eingestellt.

Ruß in Königsberg.

Königsberg, 3. Febr. Hier sind die wichtigsten Staatsgebäude von Matrosen besetzt. Die Uebergabe geschah ohne Kampf, da die Besatzungsmannschaften zu den Spartakiden übergegangen sind.

Die Schäden der Berliner Spartakusunruhen.

Der Magistrat Berlin hat einen Erlass der Schäden der Spartakusunruhen abgelehnt. Nach einer inoffiziellen Schätzung dürften sich die Gesamtschäden auf mindestens 8 Millionen Mark belaufen, es ist aber auch möglich, daß sich die Summe auf 10 Millionen erhöht.

Eine gebührende Zurückweisung.

Die Reichsregierung beginnt jetzt endlich mit dem politischen Größenwahn der Arbeiter- und Soldatenräte aufzuräumen. Sie hat auf ein Schreiben des Berliner Vollzugsrates, worin die Regierung aufgefordert wurde, sich wegen der Vorgänge in der Spartakuswoche zu verantworten, dahin beschließen, daß sie jede Verantwortung ablehne, und hat damit einen Präzedenzfall für die Zukunft geschaffen. Damit wird auch die Tätigkeit der A. und S.-Räte auf die rein wirtschaftliche und vermittelnde Basis gestellt.

Die westdeutsche Republik.

Der erste Schritt zu ihrer Verwirklichung.

Am Samstag fand in Köln, wie die „Rhein. Volksz.“ berichtet, eine Sitzung der sämtlichen Oberbürgermeister der Rheinprovinz statt. Bald darauf traten die im Rheinland gewählten Abgeordneten der deutschen und preussischen Nationalversammlung zusammen, um über die gegenwärtige Lage zu beraten. Oberbürgermeister Adenauer-Röhl legte ausführlich die gegenwärtige Lage dar. Nach eingehenden Beratungen der Fraktionen wurde ein Beschluß gefaßt, in welchem es zum Schluß heißt:

„Da die Teilung Preußens ernstlich erwogen wird, übertragen wir dem von uns gewählten Ausschuss die weitere Bearbeitung der Pläne auf Errichtung einer westdeutschen Republik im Verband des Deutschen Reiches und auf dem Boden der von der deutschen Nationalversammlung zu schaffenden Reichsverfassung.“

Dieser Beschluß wurde einstimmig gefaßt. Dem gewählten Ausschuss gehören an: Oberbürgermeister Adenauer als Vorsitzender, die Abgeordneten Raas, Gehl, Schmittmann, Trimborn, Meerfeld, Sollmann, Hall, Weidmann. Sämtliche politische Parteien sind in dem Ausschuss vertreten.

Anerkannt wird durch obigen Beschluß, daß die Errichtung einer westdeutschen Republik auf ordnungsmäßigem Wege herbeigeführt werden soll. Die zur Errichtung notwendigen Schritte wird der Ausschuss, der aus allen politischen Parteien besteht, herbeiführen.

Das unbefestete Rheinland äußert sich.

Aus Essen, 2. Februar, wird berichtet: Eine Versammlung von Vertretern der Stadt- und Landkreise, der Handelskammern, der wirtschaftlichen Verbände und politischen Parteien des rheinisch-westfälischen Industriegebiets, soweit es nicht zum befestigten Gebiet gehört, beschäftigte sich vorgestern Abend unter dem Vorsitz des Essener Oberbürgermeisters Dr. Luther mit der Gründung eines rheinisch-westfälischen Pufferstaats. Der Vorsitzende betonte, daß die Pläne auf Gründung einer rheinisch-westfälischen Republik, obwohl diese lediglich eine innerpolitische Frage sei, nach außen hin einen ganz falschen Eindruck von der Stimmung im Rheinland und Westfalen gegenüber den Absichten auf Bildung eines Pufferstaates hervorgerufen hätten. Dr. Luther legte folgende Entschließung vor, der die Vertreter aller Gruppen einstimmig die Unabhängigen Sozialdemokratie lebhaft zustimmten und die nach längerer Aussprache einstimmig angenommen wurde. Die Entschließung lautet:

„Die in Essen versammelten Vertreter der Stadt- und Landkreise, Handelskammern, Arbeiterverbände und aller politischen und wirtschaftlichen Parteien und Gruppen aus dem rheinisch-westfälischen Industriebezirk verwahren sich aufs bestimmteste dagegen, daß bei Verhandlungen zur Neugestaltung des Reichs oder Preußens von irgend welchen amtlichen oder privaten Stellen über den Industriebezirk wie über eine Ware verfügt wird. Der Industriebezirk mit seinen Rohstoffquellen und seinen hochentwickelten Hütten und Verarbeitungsindustrien ist das wirtschaftlich wertvollste Kernstück des Deutschen Reichs und des preussischen Staates. Er stellt als solches eine in sich geschlossene Einheit dar, ist deshalb berufen als Teil des Ganzen ein seiner Bedeutung entsprechendes Eigenleben zu führen. Verlangt der Industriebezirk somit, daß seine eigene Wünsche und Bedürfnisse als grundlegend für sein Schicksal beobachtet werden, so will er die Erfüllung seines Schicksals nur in einer Lebensgemeinschaft mit dem gesamten deutschen Volk, die ungetrennt und nicht löslich ist.“

Eine Kölner Kundgebung.

In zwei Volksversammlungen, die letzte Woche in Köln auf Einladung des Freiheitsbundes für die deutschen Rheinlande unter gewaltigen Andrang stattfanden, wurde nach einer Ansprache des Staatssekretärs a. D. Gehl. Justizrats Trimborn einstimmig folgende Entschließung angenommen: „Tausende von Rheinländern der Stadt Köln beklagen ihren festen und unabhängigen Willen, am deutschen Vaterlande festzuhalten. Gemeinschaftliche Abstammung, gemeinschaftliches Kultur- und Wirtschaftsleben verbinden das rheinische Volk untrennbar mit dem gesamten deutschen Volke. Jeder Eingriff in diese Gemeinschaft bedeutet die Vergewaltigung seiner Grundrechte, die völlige Vernichtung des abgetrennten Landesteiles, seiner Bevölkerung, seiner Kultur und seiner Wirtschaft. Wir Rheinländer lehnen daher jede auf Abtrennung des Rheinlandes oder des linken Rheinufers von Deutschland gerichtete Bestrebung mit aller Entschiedenheit ab.“

Aus dem Parteileben.

Ein Verschmelzungsprojekt.

Der Abgeordnete Fuhrmann mahnt, der „Frankf. Ztg.“ zufolge, zu einer Verschmelzung der Deutschen Volkspartei und der Deutsch-Nationalen Partei. Er gibt zu, daß die Deutsche Volkspartei und die Deutsch-Nationale Partei in der Nationalversammlung keine Gruppen seien. Zugkraft und Stützpunkt hätten aber nur große Parteien. Da auch sachlich zwischen der Deutschen Volkspartei und der Deutsch-Nationalen Partei kein Unterschied mehr zu erkennen sei, sondern beide Parteien in gleichem Maße zu der Sozialdemokratie und der Deutschen Demokratischen Partei ständen, wäre eine organisatorische Zusammenfassung durchaus angebracht und deshalb sei die Parole: „Einigt Euch!“

Kleine Meldungen.

Präsident Wilson.

Nach dem „Matin“ wird Präsident Wilson, um seine Volkspartei vor dem Kongress verlesen zu können, Frankreich um den 12. Februar herum verlassen und 5 Wochen später wieder dorthin zurückkehren. Die Arbeiten der Konferenz werden durch diese Reise nicht unterbrochen werden.

Die Ostafrikaner.

Die englische Regierung hat der deutschen Waffenstillstandskommission mitgeteilt, daß General v. Lettow-Vorbeck sich mit seiner Schutztruppe in Dar-es-Salam befindet und der Abtransport nach Europa bald erfolgen soll.

Weitere Beschränkungen des Bahnverkehrs.

Berlin, 3. Febr. Infolge der Kohlennot sieht sich die Eisenbahndirektion genötigt, noch weitere umfangreiche Verkehrseinschränkungen als bisher vorzunehmen. Der Bahnverkehr wird vom 10. Februar ab nur noch auf Grund besonderer Zulassungsscheine gestattet sein. Die entsprechenden Bekanntmachungen werden in den nächsten Tagen veröffentlicht werden.

London, 3. Febr. Ein Geschwader militärischer Flugzeuge wurde besonders dazu bestimmt, die belgische Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versorgen. Diese Flugzeuge verkehren täglich zwischen Fossestone und Gent. Dies ist der erste Handelsdienst auf dem Luftweg und bietet demzufolge ein besonderes Interesse für die Handelswelt.

Lokalnachrichten.

* Aönnigstein, 7. Febr. Immer mehr macht sich der Winter sich fühlbar. Nachdem vorgestern reichlicher Schneefall den Wintersport ganz gut ermöglicht (seine Ausübung ist allerdings durch die infolge der Besetzung gegebenen Verhältnisse hier aufs äußerste eingeschränkt) — zeigte heute früh das Thermometer 8 Grad Kälte an, für die bestehende Kohlennot etwas reichlich.

* Herr Karl Fr. Eichenberg, Wiesbaden, teilt uns mit, daß er nicht identisch ist mit Herrn Sanitätsrat Dr. med. Friedrich Eichenberg, Adolfsallee 47, welcher vor kurzem wegen Beleidigung einer Belgierin, die er mit den Worten „pauvre de la France“ beschimpfte, zu sechs Monaten Gefängnis, 500 M. Geldstrafe und 5 M. Entschädigung verurteilt wurde.

Von nah und fern.

Sosienheim, 4. Febr. Zu dem auf 40 Stunden berechneten Unterrichtskursus in französischer Sprache, der auf Wunsch der Ortskommandantur hier eingerichtet wurde, haben sich 30 Teilnehmer gemeldet. Den Unterricht erteilt Herr Pfarrer Bahmann.

Frankfurt, 31. Jan. Der Magistrat hat zwei Anträgen der Schulbehörde zugestimmt, die sich auf die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel für Volks- und Fortbildungsschüler, sowie auf Schulgeldbefreiung beziehen. Die bisherigen Bestimmungen wurden vereinfacht und verbessert. Die erste Neuerung bringt eine Belastung von jährlich 200 000 M., die andere einen Schulgelddausfall von 20 000 M.

Offenbach, 3. Febr. Heute früh kam es im hiesigen Ostbahnhof zu einem Zusammenstoß zweier Arbeiterzüge, die aus Dieffenbach und Reinheim gegen 7 Uhr einliefen. Der Anprall war so heftig, daß mehrere Wagen zertrümmert wurden. Der Heizer des Dieffenbacher Zuges wurde getötet, der Lokomotivführer schwer verletzt. Von den Mitreisenden der beiden Züge erlitten 15 Personen mehr oder minder schwere Verletzungen.

Offenbach a. M. Das Kriegsgeheimnisamt teilt mit, daß in der Stadt Offenbach in den letzten Tagen drei Fälle von Blattern festgestellt worden seien. Die Einschleppung ist aus dem Osten erfolgt.

Biebrich, 4. Febr. Im Hause Wiesbadener Straße 50 ist Pseudotuberkulose festgestellt worden. Die Hausbewohner wurden sofort vollständig dem Krankenhaus zugeführt und das Grundstück polizeilich abgesperrt.

Limburg, 3. Febr. Erschossen hat sich hier ein Major Rißer von einem auswärtigen Bataillon, weil er infolge der Neuordnung aus dem Dienst entlassen wurde.

* Wintel, 1. Febr. Der Kreisauskunft gibt bekannt: Dem Viehhändler Emil Hallgarten zu Wintel ist vom Viehhändlerverband für den Regierungsbezirk Wiesbaden die Ausweiserte auf die Dauer von drei Monaten (vom 4. Dezember v. J. an gerechnet) entzogen worden.

Grüchhof, 3. Febr. (Beim Hasenrussmügel erschossen.) Die Gendarmerie überraschte hier mehrere fremde Leute, die heimlich Hasen ausschütten wollten. Es entspann sich ein Kampf. Hierbei wurde der 71-jährige Mai aus Elhoff von einem bei der Gendarmerie tätigen Soldaten erschossen.

Düsseldorf, 3. Febr. Gefälschte Einhundert-Markscheine der rheinischen Provinzialverwaltung sind in großen Mengen in Düsseldorf und in benachbarten Städten im Verkehr. Die Wertstoffe der Fälscher ist jetzt in der Druckerei von Hesper u. Baillon in der Korneliusstraße entdeckt worden. Es fanden sich noch große Mengen gefälschter Hundertmarkscheine und Zwanzigmarscheine vor. Außer den Herstellern kamen auch mehrere Verbreiter der Fälscherei in Haft.

Luxemburg, 3. Febr. Die Er-Großherzogin Marie Adélaïde hat das Land verlassen und sich nach der Schweiz begeben. Sie wurde bis Thionville von der Großherzogin Charlotte, den Prinzessinnen Hilba und Antonia und ihrer Mutter begleitet.

— Im Flugzeug über den Atlantik. Hauptmann William A. Flagg in New-York kündigte die Ueberquerung des Atlantischen Ozeans in weniger als sechs Monaten an. Er meint, daß es ebenso gut möglich sei mit Reiseflugzeugen wie mit Eirbedern.

Berlin, 31. Jan. (Trauerfeier mit Tanzvergnügen.) Am 26. Januar stellten die Anhänger der Spartakisten und Unabhängigen auf Zeche Teutoburgia in Holzhausen die Arbeit ein und demonstrierten als Trauerkundgebung für Liebknecht und Rosa Luxemburg. Anschließend daran veranstaltete man dann einen Festabend, wo die trauernden Spartakisten bis zum frühen Morgen kräftig das Tanzbein schwenkten.

— Ausbeutung auf Kosten der Allgemeinheit. Die Stadt Berlin sorgt für ihre „Arbeitslosen“ dermaßen ausgiebig, daß die Leute jeder Arbeit ruhig aus dem Wege gehen können. Ein Beispiel dafür: In Friedenau kündigte einem Geschäftsmann sein in Berlin wohnender Aukcher die Arbeit mit folgender Rechnung: Ich frische 6×8, also 48 M. Erwerbslosenunterstützung die Woche, meine Frau 6×1,50 M. gleich 9 M., auf drei Kinder entfallen 3×6×1,25 gleich 22,50 M., macht zusammen 79,50 M. Da werde ich doch nicht für 70 M. arbeiten! Sprachs und ging seine Wege als Arbeitsloser, der sich besser steht, als wenn er arbeitete.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Es ist den Druckereien und Graveuren streng verboten, Urkunden aller Art (Ausweise, Reisepässe usw.) oder Stempel nach den vorschriftsmäßigen offiziellen Mustern anzufertigen.

Es wird außerdem darauf aufmerksam gemacht, daß allein die zuständige Behörde die Formulare dieser Urkunden auszufüllen berechtigt ist.

Jede Zuwiderhandlung ist strafbar.

L'Administrateur militaire
du Cercle de Königstein.

Abdruck.

Kriegsministerium Berlin B. 68, den 18. Jan. 1919.
Nr. 18/11 9. A. M. Leipzig Nr. 5.

Die vorläufige Aufnahme, die die deutschen Truppen bei ihrem Rückmarsch aus dem Westen in die Heimat bei allen Teilen der Bevölkerung der durchgezogenen Gebiete gefunden haben, ist von den Truppen wohlwollend und dankbar empfunden worden.

Das Kriegsministerium spricht für diese Aufnahme seinen warmsten Dank aus.

Der Kriegsminister: Der Unterstaatssekretär:
gez. Reinhardt. gez. Öhre.

An die Regierungspräsidenten v. in Wiesbaden.
Wird veröffentlicht.
Aönnigstein 1. Z., den 3. Februar 1919.
Der Landrat: Jacobs.

Betr. Spedabgabe aus Hauschlachtungen.

Nach Mitteilung des Landesfleischamts in Berlin hat der Herr Staatssekretär des Reichs Ernährungsamts nachdrücklich darauf hingewiesen, daß die Verpflichtung zur Abgabe von Speck aus Hauschlachtungen auf Grund der Verordnung vom 19. 10. 17. (R. G. Bl. S. 949) unverändert weiter besteht. Da die Rüstungsindustrie abgebaut ist und somit eine Verwendung des gesammelten Specks für ihre Angehörigen nicht mehr in Frage kommt, hat das Reichs Ernährungsamt bestimmt, daß künftig die heranwachsenden Kinder, die werdenden und stillenden Mütter, die Kranken und sonstigen notleidenden Teile der Bevölkerung aus den gesammelten Speckmengen vorzugsweise versorgt werden.

Wenn auch nicht zu verkennen ist, daß mit Rücksicht auf die angeordnete Beendigung der Hauschlachtungen bis zum 31. 12. 1918 die anfallende Speckmenge geringer ist, als ursprünglich erwartet war, so steht doch jetzt schon fest, daß noch eine ganze Anzahl Personen des Kreises ihre Spedablieferungspflicht nicht erfüllt haben.

Die Gemeindebehörden ersuche ich, diejenigen Personen, welche Hauschlachtungen vorgenommen und die vorgeschriebene Speckmenge noch nicht abgeliefert haben, aufzufordern sofort ihrer Ablieferungspflicht zu genügen, zur Vermeidung von Weiterungen.

Die Ablieferung des Specks hat an das Kreis-Lebensmittelamt A. hier zu erfolgen.

Mit Rücksicht auf die gemeinnützige Verwendung des angefallenen Specks darf ich hoffen, daß die Ablieferung reiflos erfolgt.

Aönnigstein im Taunus, den 3. Februar 1919.

Der Landrat: Jacobs.

Die ablieferungspflichtige Getreidemenge hat sofort an die Mühle J. G. Meiser Söhne in Weiskirchen zu erfolgen.

Die Ablieferungspflichtigen werden hiermit aufgefordert das ablieferungspflichtige Getreide auf dem hies. Rathaus, Zimmer 7, bis zum 12. Februar 1919 anzumelden. Das Getreide soll dann gesammelt durch ein städtisches Fuhrwerk an einem noch näher zu bestimmenden Tage gegen die üblichen Fuhrkosten nach der obengenannten Mühle verbracht werden.

Aönnigstein, den 6. Februar 1919.

Der Magistrat. J. B.: Brühl.

Französischer Unterricht.

Es erscheint in vieler Hinsicht vorteilhaft, wenn die Einwohner der Stadt die Sprache der Besatzung verlernen. Wir haben deshalb auf Veranlassung des Herrn Administrateurs hier einen französischen Sprachkursus für Erwachsene eingerichtet. Der Unterricht wird in der Taunusrealschule stattfinden. Herr Dr. Bachers hat sich bereit erklärt, den Kursus in die Wege zu leiten und nimmt dafür Anmeldungen nächsten Montag und Dienstag, nachmittags von 4—5 Uhr in seiner Wohnung, Delmühlweg 4, (Dulfsana) entgegen. Von jedem Teilnehmer an diesem Sprachunterricht wird ein kleiner Beitrag von M. 0,50 für die Unterrichtsstunde erhoben. Unbemittelte jedoch können unentgeltlich zugelassen werden. Zeit und Anfang des Unterrichts wird am nächsten Mittwoch in der Taunus-Zeitung bekannt gegeben.

Der Bürgermeister. J. B.: Brühl.

Der Lebensmittelverkauf findet diese Woche am Samstag, den 8. Febr. 1919 statt. Lebensmittelkartenabschnitt Nr. 8 ist vorzulegen.

Aönnigstein, den 7. Februar 1919.

Der Magistrat. J. B.: Brühl.

Sämtliche zurückkehrende Militärrentassene haben sich am Tage ihrer Rückkehr sofort auf dem Rathaus Zimmer 7 zu melden.

Aönnigstein, den 4. Februar 1919.

Der Bürgermeister. J. B.: Brühl.

Betr. die Einrichtung der Umsatzsteuer für das Kalenderjahr 1918.

Auf Grund des § 17 Abs. 1 des Umsatzsteuergesetzes und der §§ 45 und 51 der Ausführungsbestimmungen dazu werden die zur Einrichtung der allgemeinen Umsatzsteuer verpflichteten gewerbetreibenden Personen, Gesellschaften und sonstigen Personenvereinigungen in Königstein im Taunus aufgefordert, die vorgeschriebenen Erklärungen über den Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Entgelte für die Zeit vom 1. August 1918 bis 31. Dezember 1918 bis spätestens 8. Februar 1919 dem unterzeichneten Umsatzsteueramt schriftlich einzureichen oder die erforderlichen Angaben an Amtsstelle mündlich zu machen.

Die Steuerpflicht erstreckt sich nicht nur, wie bisher, auf Warenlieferungen, sondern auch auf sonstige Leistungen; es sind demnach auch steuerpflichtig Handwerksbetriebe aller Art, z. B. Schneider, Schuhmacher, Glaser, Schreiner, Drechsler, Spengler, Korbmacher, Sattler, Tapezierer, Wagner, Friseur, ferner die Fuhrwerksbetriebe, Spediteure usw.

Als steuerpflichtiger Gewerbebetrieb gilt auch der Betrieb der Land- und Forstwirtschaft, der Viehzucht, der Fischerei und des Gartenbaues sowie der Bergwerksbetrieb. Die Absicht der Gewinnerzielung ist nicht Voraussetzung für das Vorliegen eines Gewerbebetriebs im Sinne des Umsatzsteuergesetzes. Angehörige freier Berufe (Ärzte, Rechtsanwälte, Künstler usw.) sind nicht steuerpflichtig.

Die Steuer wird auch erhoben, wenn und soweit die steuerpflichtigen Personen usw. Gegenstände aus dem eigenen Betriebe zum Selbstgebrauch oder -verbrauch entnehmen. Als Entgelt gilt in letzterem Falle der Betrag, der am Orte und zur Zeit der Entnahme von Wiederverkaufszahlung zu werden pflegt.

Von der allgemeinen Umsatzsteuer sind diejenigen Personen usw. befreit, bei denen die Gesamtheit der Entgelte in einem Kalenderjahre nicht mehr als 3000 Mk. beträgt. Sie sind daher zur Einreichung einer Erklärung nicht verpflichtet. Eine Mitteilung an das Umsatzsteueramt über die in Anspruch genommene Steuerfreiheit ist jedoch erwünscht.

Die Nichteinreichung der Erklärung zieht eine Ordnungsstrafe bis zu 150 Mk. nach sich.

Das Umsatzsteuergesetz bedroht denjenigen, der über den Betrag der Entgelte wissentlich unrichtige Angaben macht und vorsätzlich die Umsatzsteuer hinterzieht oder einen ihm nicht gebührenden Steuervorteil erschleicht, mit einer Geldstrafe bis zum 20fachen Betrage der gefährdeten oder hinterzogenen Steuer. Kann dieser Steuerbetrag nicht festgestellt werden, so tritt Geldstrafe von 100 Mk. bis 100 000 Mk. ein. Der Versuch ist strafbar.

Zur Einreichung der schriftlichen Erklärung sind Bordrücke zu verwenden, welche im Steuerbüro, Bierhalle, 1. Stock, vormittags von 8-12 Uhr erhältlich sind.

Steuerpflichtige sind zur Anmeldung der Entgelte verpflichtet, auch wenn ihnen Bordrücke zu einer Erklärung nicht zugegangen sind.

Die Abgabe der Erklärung kann im übrigen durch nötigenfalls zu wiederholende Geldstrafen erzwungen werden, unbeschadet der Befugnisse des Umsatzsteueramts, die Veranlagung auf Grund schätzungsweise Ermittlung vorzunehmen.

Königstein, den 31. Januar 1919.
Der Magistrat. (Umsatzsteueramt.)

Die 4. Rate Staats- und Gemeindesteuer wird noch in den Vormittagsstunden von 8-12 Uhr erhoben. Die Beträge sind abgezahlt bereit zu halten.
Königstein, den 7. Februar 1919.
Die Staatsteuerbestelle: Gläßer.

Holzverkäufe

der Oberförsterei Königstein i. T.

Dienstag, den 11. Februar cr., auf der Billtalhöhe bei Königstein von 9 Uhr vormittags ab (französl. Zeit).
Schutzbezirk Schlossborn, Dist. 90. Meißel.
91 Boden. a) Nutzholz. Eichen: 240 Stämme mit 77.62 im, 5 m Nutzzeit 2,2 m la. Buchen: 1 Stamm 0,75 im, 12 m Nutzzeit 1,2 m la. (Belgenholz). Eichen: 2 m Nutzzeit 1,2 m la. Erlen: 11 m Nutzzeit 1,2 m la. Nadelholz: 17 Stämme 2/4 m. mit 9,03 im. b) Brennholz. Eichen: 19 m Scheit, 98 m Knüpp., 5 m Reiser 1 m Kl. Buchen: 400 m Scheit, 558 m Knüpp., 6300 Wellen. Fichten: 3 m Knüpp.

Alle Nummern, die blau unterstrichen sind, kommen nicht zum Verkauf.

Holz-Verkauf.

Oberförsterei Hofheim. Schutzbezirk Rossert.

Montag, den 10. Februar, nachm. 1 Uhr in Eppstein bei Pläcker (zur Hofe) und den Dist. 58 Daintopf, 53 Nidelstreu, 50 Rossert, 49 a Rossertburg an der heimlichen Wiese:
Eichen: 122 m Scheit u. Knüppel, 165 m Reissig in Dauten, 80 Wellen;
Buchen: 4 m Nutzzeit, 606 m Scheit u. Knüppel, 1020 m Reissig in Dauten, 3030 Wellen;
And. Laubb.: 30 m Scheit und Knüppel.

Die mit Buntstift unterstrichenen Nummern kommen nicht zum Verkauf.

Bekanntmachungen für Falkenstein.

Die französische Militärbehörde hat bestimmt, daß keine permanente Saut-Conduit mehr aufgestellt werden dürfen. Wer einen solchen in seinem Besitz hat, muß denselben bis spätestens 8. ds. Mts. zur Abänderung hier auf dem Ratshaus vorlegen.

Wer nach dem 10. ds. Mts. noch mit einem permanenten Saut-Conduit betroffen wird, wird mit Gefängnis bestraft.

Der Bürgermeister: Hasselbach.
Vom 8. bis 15. Februar d. J. wird die vierte Rate Staats- und Gemeindesteuer erhoben.
Falkenstein, den 6. Februar 1919.
Ocho, Gemeindevorsteher.

Bekanntmachung für Kelkheim.

Montag, den 10. und Dienstag, den 11. ds. Mts., wird die 4. Rate Staats- und Gemeindesteuer erhoben.
Kelkheim, den 7. Februar 1919.
Staatsteuerbestelle: J. A. Brandt.

Bekanntmachung für Fischbach.

Die zur Zahlung fällige vierte Rate Staats- und Gemeindesteuer wird vom 7. bis 15. Februar in den Vormittagsstunden erhoben. Gleichzeitig erfolgt die Verteilung des Jagdpachtgeldes.
Um pünktliche Einhaltung des Bebestimmungstermins wird ersucht.
Fischbach, den 7. Februar 1919.
Die Gemeindekasse: Kunz.

In der Gemarkung Fischbach i. T. ein Grundstück mit Waldung,

28 jähriger Holabestand, 38 Auen, im Schellenroth, sowie ein schönes Baumstück, 33 Auen, in der Delsfeld, aus der Hand zu verkaufen oder gegen ein Grundstück an der Grenze Gemarkung Kelkheim zu tauschen. Ferner ein Grundstück zu verkaufen am Mühlberg, geeignet für Bauplatz, in Kelkheim in der Nähe des Klosters, 58 Auen, angelegt mit Waldung. Näheres bei Josef Berninger, Kelkheim.

Alle Schreibmaschinenarbeiten

Abschriften, Gesuche, Bewerbungen, Rundschreiben, Auszüge aus Büchern, sowie alle anderen kaufmännisch. Arbeiten sauber, schnell, discret
F. A. Klothmann, Königstein i. T.
Oelmühlweg 11.

Besserer Herr sucht für längere Dauer guten bürgerl.

Mittag- und Abendtisch

in Königstein.
Angebote mit Preisangabe u. C 27 an die Geschäftsst.

Besser. Mädchen,

im Nähen und Bügeln bewand. u. sehr kinderlieb sucht bis 1. oder 15. März passend. Stelle in best. Hause. Angeb. unt. S 100 a. d. Geschäftsst.

Fach. Kochaushilfe

aus guter Familie in Herrschaftshaus gesucht. Friseurwitwe erhält den Vorzug. Schriftl. Angeb. mit Zeugnisabschrift u. Gehaltsansprüchen unt. L 38 an die Geschäftsstelle d. Sta.

Zur Führung des Haushalts einer kleinen Familie und zur Unterstützung der leidend. Hausfrau wird eine Haushälterin gesucht.

Zu erfragen in d. Geschäftsst. Eine Dame gibt französische Stunden.

Zu erfragen i. d. Geschäftsst. Sehr gutes Grammophon und Konzertzither preiswert abzugeben. Lehrer L. Kahn, Hauptstr. 1, Königstein.

Gut erhaltene Kinderbett mit Matrake zu verkaufen. Frau Jeger Ww., Falkenstein, Cronbergerweg.

Eine trachtliche Ziege

zu verkaufen
Langstr. 45, Ruppertsheim.

Händlern, Fabriken u. Privaten offeriere:

Reisigbesen

10 Stck. M. 7.-(Probefend.), 100 Stck. M. 65.-, bei 1000: M. 62.- pr. Stck., b. 5000: 60.- pr. Stck. (Waag.)
la Reisigbesen, aus gut. Holz in all. Größen, lange u. kurze für alle Zwecke, garant. beste Ware zu billigen Preisen, frohst. jed. Station u. Nachnahme. Off. a. Dienst. Taunus-Besenlager
Karl Dietz, Krißfeld a. T.

Ein Ofen und ein Kessel

zu verkaufen.
Kelkheim, Hauptstr. 17.

Trauer-Drucksachen

durch Drucker Kleinböhl.

Abreißkalender und Kalenderblocks

sind wieder zu haben, Wandkalender sind im Druck und voraussichtlich ab Mittwoch, den 12. ds. Mts., (unaufgezogen) vorrätig.

Drucker Ph. Kleinböhl, Königstein, Hauptstr. 41 - Fernruf 44.

Ofen

1 gebrauchter, nicht z. großer zu kaufen gesucht. Dasselbst eine größere

Hasenkiste

für mehrere Hasen zu verk. Im Ed. Nr. 11. Königstein.

Ein Kinderkasten-schlitten

zu verkaufen
Königst., Daintöpfenstr. 4.

Zigarren, Zigaretten, Rauch-, Kau- und Schnupf-Tabak

: Schnupf-Tabak : Zigarren von 25 Pfg. an. Neu! Besonders Neu! preiswerte Marken von 25-100 Pfg. u. höher.
Konrad Villmer, Königstein, Sachgasse 6.

1 gebr. Getreide-Putzmühle, 1 eichene Kelter und 1 eisern. Kartoffel-Pflug

zu verkaufen.
Ang. u. P. 12 a. d. Geschäftsst.

Spazier-Schlitten

zu kaufen gesucht.
Dr. Rehe, Falkenstein.

Ein guterhaltener Milchwagen

nebst Kanne preiswert zu verkaufen.
Frau Luise Bastian, Grödel (Taunus).

Neu angekommen: Kuh- u. Ziegen-Zentrifugen (System Lanz-Mannheim) erstklassige Ware

Zugketten- und -Taufe

Stirnloch- und Halsriemen für Kühe

Stöcke, Pfeifen, Spielwaren, Nickel-Uhrketten, Brieftaschen und Portemonnaies usw.
L. Lanz, Sattlermeister, Eppstein, Hauptstr. 35.

Wohlgeschmack und Bekömmlichkeit

vereinen sich in dem von der Brot- und Keksfabrik Osthafen nach geschütztem Verfahren hergestellten

O-H-Brot

Dasselbe ist ein vorzügliches Kriegsbrot von grösster Ausgiebigkeit, das, nachdem wieder neues Rohmaterial zur Verfügung steht, in der bekannt guten Qualität geliefert wird.

♦ Nur erhältlich gegen Abgabe der üblichen Brotkarten. ♦

Schade & Füllgrabe,

Königstein i. T. :-: Hauptstrasse 35.

Neu eingetroffen: Metalldrahtlampen

10 Nkz.	16, 25 und 32 Nkz.	50 Nkz.	einschliesslich
M. 2.40	M. 2.50	M. 2.70	Steuer.

„Nitra“ (Gasgefüllte Halbwattlampen)

25 Watt (Kugelform)	M. 4.60	einschliesslich
40 u. 60 "	" 5.90	Steuer.

Mainkraftwerke A.-G.

Meldestelle Königstein i. T., Klosterstrasse 8.

Geöffnet von 8-12 Uhr vorm., 2-4 Uhr nachm

Für Gemeinden und Förstereien: Verabfolgezettel über Holz

empfiehlt
Drucker der „Taunus-Zeitung“, Königstein, Fernruf 44: Hauptstrasse 41.

Stammrückwagen

mit zwei hohen Rädern und gebogener Achse ist in der Gerd. abhanden gekommen. Wer über den Verbleib Auskunft erteilen kann, erhält gute Belohnung.
W. Dörmann & Söhne, Kelkheim im Taunus.

Fahrräder.

Zwei neue Fahrräder mit guter Bereifung gibt billigst ab K. Lemmer, Kelkheim, Hauptstrasse 54.

Schreibtisch

zu kaufen gesucht.
Ang. u. P. 12 a. d. Geschäftsst.

2-Zimmerwohnung

mit Küche und Zubehör ab 1. März 1919 zu vermieten. Näheres Kirchstrasse Nr. 7, Königstein.

Neueres Wohnhaus

mit elektr. Licht, Bad, Garten und Zubehör, 5 Zimmer und Dachboden, ganz od. geteilt zu vermieten oder zu verkaufen.
Frau Jeger Ww., Falkenstein, Cronbergerweg

Kleine moderne

VILLA

mit Diele, 5 Zimmer, Bad und Zubehör, elektr. Licht u. Gasanlage sof. zu verkaufen, eventl. auch zu vermieten ab 1. April ds. Js. Näheres Bürgerm. Kopp, Schönborg i. T.

Einfamilienhaus

mit 5-6 Zimmern und Küche, Gemüse- und Obstgarten in freier Lage zum 1. Juli oder früher beziehbar zu mieten oder zu kaufen gesucht. Best. Angebote mit Beschreibung Kauf- und Mietpreis unt. M 34 an die Geschäftsst. d. Sta.

Die Sparkasse

Vorschussvereins zu Höchst a. M.

eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht
nimmt auf ein Sparkassenbuch Beträge von Mk. 1.- an in unbeschränkter Höhe und verzinst dieselben vom Tage der Einzahlung an bis zum Tage der Rückzahlung mit

3 1/2 %

Ferner nimmt der Vorschussverein Darlehen gegen Ausgabe von Schuldscheinen in Beträgen von Mark 500.- an zu 3 1/2 % bei halbjähriger Kündigung und zu 4 % bei ganzjähriger Kündigung. Die Verzinsung beginnt mit dem Tage der Einzahlung.
Der Vorstand.